



Dr. Matthias Miersch

Mitglied des Deutschen Bundestages
Sprecher der AG der SPD-Bundestagsfraktion
des Parl. Beirats für nachhaltige Entwicklung

[Dr. Matthias Miersch, MdB · 11011 Berlin](#)

Deutscher Bundestag

Paul-Löbe-Haus
11011 Berlin
Ansprechpartnerinnen:
Elke Walker, Silke Klaproth-Förster
Tel: (030) 227 – 71111
Fax: (030) 227 – 76099
Email: matthias.miersch@bundestag.de

Wahlkreis

Kurt-Schumacher-Haus
Odeonstr. 15/16
30159 Hannover
Ansprechpartnerinnen:
Heidrun Hellemann, Frauke Meyer-Grosu
Tel: (05 11) 16 74 303
Fax: (05 11) 92 03 190
Email: matthias.miersch@wk.bundestag.de

www.matthias-miersch.de

Berlin, 20.10.2008

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

gerade in diesen bewegten Zeiten möchte ich die Gelegenheit nutzen, um wieder aus erster Hand zu informieren und vielleicht auch die eine oder andere Diskussion anzuregen:

1. Bevor ich zu einer ersten Einschätzung der aktuellen Situation auf den Finanzmärkten komme, möchte ich alle Interessierten zu einer zentralen Veranstaltung im Wahlkreis einladen:

“Finanzkrise – Hintergründe, Analysen und Ausblicke! Nutzen wir die Chance in der Krise?“

mit Hans Eichel, Bundesfinanzminister a.D.,

am 28. Oktober 2008, um 18.00 Uhr, in der Aula der Theodor-Heuss-Schule, Barbarastraße 8, 30952 Ronnenberg-Empelde.

Natürlich ist die weltweite Finanzkrise ganz klar das aktuell bestimmende Thema auch hier in Berlin. Bundesregierung und Bundestag bringen in dieser Woche ein in der Geschichte einzigartiges Rettungspaket auf den Weg, das von fast allen Seiten gelobt worden ist. Es sieht u.a. die Bildung eines Finanzmarktstabilisierungsfonds vor, der Garantien für die Banken bis zu 400 Mrd. Euro geben kann. Das ist eine unvorstellbare Summe, so dass ich gleich an dieser Stelle betonen möchte, dass es sich um Sicherheiten handelt und nicht um Zahlungen! Es ist somit zu hoffen, dass der



Dr. Matthias Miersch

Mitglied des Deutschen Bundestages

überwiegende Anteil der Summe nicht gebraucht wird, zumal die Inanspruchnahme des Fonds mit der Einräumung von Sicherheiten und Auflagen für die jeweiligen Institute verbunden ist. Einzelheiten werden wir auf der Veranstaltung erläutern.

Natürlich versuchen jetzt Einige, das Rettungspaket und die Ausgaben in anderen wichtigen Politikfeldern gegeneinander auszuspielen. Ich halte diesen Populismus für gefährlich und völlig unangebracht. Unabhängig davon, dass es beim Rettungspaket primär nicht um Zahlungen, sondern um Sicherheiten geht, muss darauf hingewiesen werden, dass mit dem Maßnahmenpaket nicht Bankmanagern aus der Krise geholfen werden soll, sondern allen Menschen in Deutschland. Es geht um den Schutz aller Bevölkerungsgruppen, es geht um die Arbeitsplätze, um die Sicherheit von Krediten, um Altersvorsorge und um das Finanzsystem insgesamt. Ich habe aus diesem Grund auch keine ernstzunehmende Gegenstimme gehört, wenngleich nach meiner Meinung nun vor allem entscheidend sein wird, ob die notwendigen Lehren aus der Krise gezogen werden.

Es ist interessant, dass selbst die härtesten Verfechter des Marktes nun plötzlich im Handeln des Staates die einzige Lösung sehen. Für mich steht fest: Jede Krise hat ihre Chance. Wir müssen uns national und international endlich besinnen. Der Markt braucht klare Grenzen und Spielregeln. Mit dem Rettungspaket darf die Debatte nicht beendet sein. Politik und Staat können wieder zu festen Säulen auch in der Zeit der Globalisierung werden. Wir müssen und können als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten deutlich machen, dass unser Verständnis von Staat und Gesellschaft wichtige Antworten geben kann. CDU und FDP sind noch bei der letzten Bundestagswahl mit völlig anderen Vorzeichen gestartet. Auf der anderen Seite ärgert mich schon, wenn ehemalige SED-Größen hier in Berlin nun mit ihrer angeblichen „Finanzkompetenz“ offensiv auftreten.

Es wird darum gehen, neue Wege zu entwickeln. Wir müssen Daseinsvorsorge definieren, Verantwortung von Managern festschreiben, klare Bewertungskriterien im internationalen Finanzsystem aufstellen und die Rolle des Staates deutlich betonen. Letztlich geht es um die Verankerung des Prinzips der Nachhaltigkeit. Viele andere Dinge sind notwendig. Dazu gehört auch, nicht dem Markt zentrale Bereiche zu überlassen. Vielleicht gibt der „Börsenstopp Deutsche Bahn“ noch einmal Denkipulse. Selbstbewusst können wir in der Region Hannover unser Verständnis von öffentlicher Daseinsvorsorge an Beispielen erörtern. Die Gesundheitsversorgung in öffentlicher Hand ist nicht mehr selbstverständlich. Hauke Jagau und die SPD-Regionsfraktion haben hier wichtige politische Weichen gestellt, damit dieser Bereich nicht Privaten überlassen wird.

2. Ein weiteres wichtiges Thema in dieser Woche wird die Verlängerung des sogenannten ISAF-Mandates in Afghanistan sein. Es ist sicher bekannt, dass ich bei den Afghanistan-Einsätzen sehr stark differenziere und stets frage, ob mit dem Einsatz das amerikanische Verständnis von Konfliktbeseitigung unterstützt wird oder wir eher



Dr. Matthias Miersch
Mitglied des Deutschen Bundestages

einen europäischen Weg des zivilen Aufbaus und des Dialoges versuchen. Ich verweise deshalb z. B. auf meine ablehnende Haltung zum sogenannten OEF-Mandat (Operation Enduring Freedom). Dem ISAF-Mandat werde ich erneut zustimmen, da ich eine Beendigung derzeit für verantwortungslos halte. Auf der anderen Seite habe ich die Hoffnung und Erwartung, dass wir uns durchaus fragen, welche Strategie die richtige ist. Ich bin mir sicher: Ohne einen breiten Dialog mit allen Beteiligten wird es keinen Frieden in Afghanistan geben. In diesem Land wird die Strategie der Vernichtung keine Lösung bringen. Deshalb ist es Aufgabe der Bundesrepublik, hier deutliche Zeichen zu setzen.

3. Eine Entscheidung, die sicher auch in der öffentlichen Debatte weiter diskutiert werden wird, ist die Einführung des Gesundheitsfonds, so dass ich auch hier Hintergrundinformationen liefern möchte. Für mich steht fest: Angesichts des demografischen Wandels und der immer besseren (und meistens auch teureren) Therapiemöglichkeiten vieler Krankheiten wird die Finanzierung des Gesundheitssystems eine der zentralen Fragen auch künftiger Bundestage sein. In der Großen Koalition stehen das SPD-Modell der solidarischen Bürgerversicherung (der, der mehr hat, zahlt auch mehr ein) und das CDU-Modell der Kopfpauschale (pro Kopf ein Betrag) unvereinbar gegenüber. Auch bei dieser Frage wird der Wahlkampf ansetzen müssen. Idee des Gesundheitsfonds ist es, mehr Solidarität in das System zu bekommen. Heute zahlen viele Menschen höhere Beiträge, weil die Versichertenstruktur ungünstig ist. Die AOK Saarland hat einen Beitragssatz von 15,8 %. 50% der Versicherten sind Rentner. Der größte Konkurrent, die IKK-Südwest, hat einen Beitragssatz von 12,3 %. Von 314000 Versicherten sind gerade einmal 10000 Rentner. Viele sog. Internetkassen haben einen sehr geringen Anteil von Versicherten, deren Krankheitsrisiko hoch ist, so dass nun versucht wird, hier gerechtere Lösungen zu schaffen. Die Erhöhung des Beitragssatzes soll mit der Senkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung weitgehend kompensiert werden. Bei den Rentnerinnen und Rentnern, die von der Senkung bei der Arbeitslosenversicherung nicht profitieren, muss berücksichtigt werden, dass nach Angaben des Gesundheitsministeriums ca. 56 % aller Rentner mit dem neuen Beitragssatz höchstens 0,1 % von ihrer Rente mehr an die Krankenkasse zahlen. Rund 30 % der Rentner müssen zwischen 0,1 % und 0,5 %, weitere 13 % zwischen 0,5 und 0,95 % mehr zahlen. Klar, auch im Gesundheitssystem selbst ist noch viel zu tun. Auf der anderen Seite reden wir gerade über bessere Bezahlung der Pflegekräfte und über mehr Geld für die Krankenhäuser. Ich hoffe, mit diesen Eckdaten auch für die kommenden Diskussionen eine Grundlage geliefert zu haben.
4. Schließlich möchte ich euch über die heftige Debatte in der Fraktion zum Einsatz der Bundeswehr innerhalb Deutschlands informieren. Ich bin froh und stolz, dass die Rechts- und Innenpolitiker mit Unterstützung des Großteils der Fraktion hier ein klares Stoppsignal gesetzt haben. Wir werden jetzt in einer Arbeitsgruppe genau prüfen, inwieweit es eine Lösung mit der CDU/CSU überhaupt geben kann.



Dr. Matthias Miersch
Mitglied des Deutschen Bundestages

5. Am Samstag wird Franz Müntefering offiziell zum Parteivorsitzenden gewählt werden. Frank-Walter Steinmeier wird als Kanzlerkandidat nominiert. Ich hoffe, dass wir den Weg der letzten Wochen fortsetzen. Man kann und muss über richtige Politikansätze kräftig streiten. Wenn man jedoch in die Öffentlichkeit geht, muss ein roter Faden erkennbar werden. Ich bin sicher, dass Frank-Walter Steinmeier und Franz Müntefering die notwendige Stabilität und Perspektive geben können, damit wir gestärkt in die kommenden Wahlkämpfe gehen können.

Ich hoffe, am 28.10 möglichst viele Interessierte in Ronnenberg-Empelde begrüßen zu können und verbleibe mit herzlichen Grüßen!

Ihr/Euer

Matthias Miersch